PRESSEMITTEILUNG
Verantwortlich SEBASTIAN BÖHRS | Redaktion FRANK JUNGBLUTH

SPD
LANDTAGSFRAKTION
NIEDERSACHSEN

Rede
von

Marco Brunotte, MdL

zu TOP Nr. 28

Haushaltsberatungen 2017/2018 – Haushaltsschwerpunkt Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration

während der Plenarsitzung vom 13.12.2016
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lieber Kollege Matthiesen, das ist in der Tat der letzte Doppelhaushalt von Rot-Grün in dieser Legislaturperiode. Wir freuen uns auf weitere rot-grüne Haushalte – wenn es sein muss, auch auf Doppelhaushalte – in der nächsten Legislaturperiode.

Die Analyse der jüngsten vier Jahre Rot-Grün wird sich auch in Teilen in der Debatte zum Haushalt vollziehen. Aber eines ist klargeworden: Rot-Grün kann Sozialpolitik und das nicht nur, weil die Fraktionen bestens aufgestellt sind, sondern weil wir auch eine Sozialministerin haben, die weiß, was Sozialpolitik ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das unterscheidet sich dann schon sehr wohltuend von dem Raubbau an den Sozialsystemen in zehn Jahren Schwarz-Gelb. Wenn man das liest, was Sie zum Haushalt vorschlagen und was hier an Forderungen auf den Tisch kommt, bekommt man fast Angst, dass Sie die Linke noch links überholen.

Die Beratungen zum Sozialhaushalt im Sozialausschuss waren relativ schnell abgeschlossen, weil von der Opposition wenig Kritikpunkte und noch weniger Alternativvorschläge kamen. Das unterstreichen auch noch einmal die Änderungsanträge zum Haushalt, die von der CDU und von der FDP vorgelegt wurden, in denen relativ wenig enthalten ist. Wir haben in mehreren Bereichen Akzente gesetzt und in mehreren Bereichen deutlich gemacht, dass wir die Politik von CDU und FDP nachhaltig korrigieren.

Ich will im Bereich Gesundheitspolitik mit der hausärztlichen Versorgung beginnen. Sie haben 600.000 Euro pro Jahr in den Haushalt eingestellt, aber scheinbar übersehen, dass längst 1 Million Euro jährlich zur Verfügung stehen, die gemeinsam mit den Kassen, der Kassenärztlichen Vereinigung und dem Sozialministerium im Niedersachsenfonds, der als Strukturfonds zur Verfügung steht, verwaltet werden. Wir erproben damit u. a. in 32 Landkreisen, in den sogenannten Gesundheitsregionen Niedersachsens, sektorenübergreifende Versorgungsmodelle, um für eine gute medizinische und pflegerische Versorgung

vor allem in den ländlichen Regionen zu sorgen und die Situation dort zu verbessern. Ein absolutes Erfolgsmodell dieser Landesregierung!

Wir haben in diesen Haushalt außerdem neu 4 Millionen Euro für den Aufbau eines neuen klinischen Krebsregisters eingestellt; das ist für uns ein sehr wichtiges Anliegen.

Wir haben uns – sozusagen als Querverbindung zum Sonderausschuss „Patientensicherheit“ – unter dem Eindruck der erschütternden Mordserie in mindestens einem Krankenhaus – eher in mehreren Krankenhäusern – mit dem Thema Patientenfürsprecher, Patientenschutzbeauftragte befasst und uns auf den Weg gemacht, Lösungen für einen besseren Patientenschutz zu finden. Aufgrund des entsprechenden Antrags von SPD und Grünen gibt es mittlerweile in 169 von 182 niedersächsischen Krankenhäusern Patientenfürsprecherinnen und -fürsprecher; das sind weit über 90 Prozent. Das begrüßen wir sehr; auch das ist ein guter Erfolg nicht nur für diese Landesregierung, sondern vor allem auch für die Patientinnen und Patienten.

Zum Thema Gesundheitswirtschaft sei daran erinnert, dass es diese Landesregierung war, die in einem Querschnitt von Sozial- und Wirtschaftsministerium einen Masterplan Gesundheitswirtschaft vorgelegt hat; denn in diesem Bereich arbeiten ca. 600.000 Menschen, und damit ist es einer der größten Wachstumsmärkte insgesamt. Wir betreiben an der Stelle nicht nur aktive Gesundheitspolitik, sondern vor allem auch aktive Arbeitsmarktpolitik. Aber auch mit diesem Thema beschäftigt sich die Opposition in diesem Haus offenbar nicht.

Zum Thema Wohnungsbau: Lieber Kollege Matthiesen, ich glaube, dass wir uns in der Analyse der Situation auch aufgrund der fundierten Zuarbeit der NBank in Teilen wahrscheinlich sogar einig sind. Was mich nur wundert, ist, dass Sie all das, was Sie in der Analyse auch bei Ihrer heutigen Rede dargestellt haben, in zehn Jahren eigener Regierungsverantwortung nicht umgesetzt haben.

Sie haben sich – völliges Desinteresse! – mit diesem Thema überhaupt nicht auseinandergesetzt und auch keine Mittel dafür vorgesehen. Sie haben höchstens für eine Fehlsteuerung der vorhandenen Bundesmittel gesorgt. Wir haben seit dem Regierungswechsel 2013 umgesteuert. Wir haben dafür gesorgt, dass bezahlbares Wohnen zum Thema gemacht wurde. Und wir sorgen dafür, dass 800 Millionen Euro zur Verfügung stehen, um den berechtigten Interessen der Menschen, die sich nicht aus eigener Kraft auf den Wohnungsmärkten versorgen können und die nach bezahlbarem Wohnraum suchen, nachzukommen. Das hätten Sie auch in eigener Verantwortung im Haushalt darstellen können. Wir haben es zum Thema gemacht und setzen es um.

Wir kümmern uns auch um Querschnittsthemen wie das Thema studentisches Wohnen. Mittlerweile haben wir den dritten Haushalt mit Zuschüssen für die Studentenwerke versehen, weil wir meinen, dass das ein ganz wichtiges Thema ist. Kollegin Lesemann wird beim Haushaltsschwerpunkt Wissenschaft noch mehr dazu sagen. Wir machen das einfach.

Das Gleiche gilt für das Thema Tilgungszuschüsse. Lieber Kollege Matthiesen, Rot-Grün kann das umsetzen, weil Cornelia Rundt, Peter-Jürgen Schneider und Stephan Weil gute Verhandlungsergebnisse aus Berlin mitgebracht haben. Sie haben dafür gesorgt, dass Mittel zur Verfügung stehen, die genutzt werden können. Sie haben in Ihrer eigenen Regierungszeit in die Kasse der Wohnraumförderung gegriffen; bei uns kommen Mittel dazu, um Tilgungszuschüsse möglich zu machen.

Wenn Sie beim Thema AfA, steuerliche Abschreibungen für Geschosswohnungsbau, mal die Bayern überzeugen würden, wären wir da vielleicht schon etwas weiter.

Zum Thema Städtebauförderung: Es macht sich bemerkbar, dass die Sozialdemokratie sowohl im Bund als auch im Land Regierungsverantwortung mit übernimmt; denn wir haben endlich wieder eine vernünftige Städtebauförderung. Die Zeiten, Herr Bode, in denen die Soziale Stadt von der FDP geschliffen wird, sind in diesem Land endgültig vorbei.

Im Bereich Inklusion muss man über Frau von der Leyen reden. Sie war es, die als Sozialministerin des Landes Niedersachsen das Blindengeld komplett abschaffen wollte. Nach schweren Protesten musste sie es dann fortführen - wenn auch verringert. Wir erhöhen das Blindengeld um 4 Millionen Euro – und damit bereits zum zweiten Mal in dieser Wahlperiode – auf insgesamt 29 Millionen Euro und setzen damit ein zentrales Wahlversprechen dieser rot-grünen Landesregierung um.

Das bedeutet im Konkreten eine Erhöhung von 300 auf 375 Euro im Monat, um Teilhabe von Menschen zu garantieren. Wir haben gleichzeitig die Förderung für taubblinde Menschen verbessert. Damit ist Niedersachsen im Vergleich der Bundesländer endlich vom letzten Platz auf einen mittleren Platz vorgerückt, so wie es versprochen wurde. Wir halten Wort!

Wir halten auch Wort, wenn es darum geht, die Behinderteneinrichtungen endlich wieder im Rahmen des Landeshaushalts an den jährlichen Tarif- und Sachkostensteigerungen partizipieren zu lassen. In Ihrer Regierungszeit gab es indirekte Kürzungen von 86 Millionen Euro, weil die Übernahme der Tarif- und Sachkostensteigerungen verweigert wurde. Wir machen das über den regulären Haushalt möglich.

Zum Bereich Pflege: Wir haben gestern ja schon einiges in diesem Zusammenhang diskutiert. Ich will an der Stelle noch einige besondere Punkte erwähnen.

Wir haben die Schulgeldfreiheit in der Altenpflege mit 8 Millionen Euro pro Jahr gesetzlich abgesichert. Wir haben Pflege- und Seniorenstützpunkte für die Pflegeberatung zusammengeführt. Wir fördern jedes Jahr mit 1 Million Euro alternative Wohnformen in der Pflege. Wir haben für ein modernes Heimgesetz gesorgt. Und wir werden in den jetzt vorliegenden Haushaltsentwurf für die Jahre 2017 und 2018 zusätzlich jeweils 6 Millionen Euro zur Stärkung ambulanter Pflege im ländlichen Raum einstellen. Insgesamt stehen im Jahr 2017 damit

erstmalig mehr als 50 Millionen Euro Landesmittel für ambulante Pflege zur Verfügung.

Und wenn wir dann noch den Tarifvertrag Soziales schaffen, sind wir noch ein Stückchen weiter. Auch in der Pflege kann sich die rot-grüne Bilanz also sehen lassen.

Zum Bereich Jugendpolitik und Familie: In der Jugendpolitik haben wir dafür gesorgt, dass es wieder einen Landesjugendhilfeausschuss gibt – ein Thema, das Sie komplett ignoriert haben oder noch schlimmer.

Wir haben für die Förderung der Landesstelle Jugendschutz gesorgt, wir haben zwei Präventionsprojekte im Bereich Pädophilie verstetigt, und wir haben als zweites Bundesland eine Kinderkommission eingerichtet, die in der vergangenen Woche ihre Arbeit aufgenommen hat.

Wir stellen mit diesem Haushalt 1,6 Millionen Euro für verbesserten Kinderschutz zur Verfügung; das sind mehr als 650.000 mehr als im Vorjahr. Und wir haben die ambulanten Maßnahmen für straffällige Jugendliche mit 265.000 Euro mehr gefördert.

Zum Wohlfahrtsgesetz: Rot-Grün hat dafür gesorgt, dass diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen den Wohlfahrtsverbänden mit dem Wohlfahrtsgesetz erstmalig Planungssicherheit geben. 22 Millionen Euro sind gesetzlich pro Jahr garantiert. Das ist eine wichtige sozialpolitische Leistung in dieser Legislaturperiode und eine Anerkennung der Leistung auch der Wohlfahrtsverbände.

Zum Thema Armut: Deutschland gehört zu den wohlhabendsten Ländern. Trotzdem gibt es Menschen, die von Armut, zum Teil von verfestigter Armut betroffen sind. Das betrifft Alleinerziehende, Arbeitslose, Langzeitarbeitslose, aber auch ältere Menschen. Wir haben dafür gesorgt, dass die Landesarmutskonferenz gefördert wird. Wir haben erstmalig für eine Förderung von Erwerbsloseninitiativen mit 600 000 Euro gesorgt. Und wir haben bei einem

großen Akzent, den wir inhaltlich im letzten Plenum diskutiert haben, im Haushalt nachgelegt, nämlich bei der Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit mit einem Programm für den öffentlichen und sozialen Arbeitsmarkt in Höhe von 10 Millionen Euro. Hier sei besonders den Kollegen Holger Ansmann und Thomas Schremmer gedankt, die sich dafür engagiert haben, dass dieses Programm Realität wird.

Ich will jetzt zum Thema Krankenhäuser kommen. Lieber Kollege Matthiesen, Sie haben darauf hingewiesen, was Sie uns hinterlassen haben: einen Investitionsstau in Höhe von 1,7 Milliarden Euro, eine nicht endende Liste an Anträgen, die scheinbar unter Schwarz-Gelb nie abgearbeitet werden sollten, weil man das Geld nicht zur Verfügung stellen wollte. Aber dieser Landesregierung ist es gelungen, den Gordischen Knoten zu zerschlagen.

Diese Landesregierung zeigt, dass sie sich, begonnen bei Strukturgesprächen zur Sicherung der wohnortnahen Krankenversorgung, an schwierige Themen wagt, um die Krankenhausstrukturen zu klären. Nur durch Kooperation, Fusion und Trägervielfalt können kleinere Krankenhäuser – gegen eine Monopolisierung – erhalten werden. Mit den Umstrukturierungsmaßnahmen, für die wir bereits in den Haushalten 2014 und 2015 Mittel zur Verfügung gestellt haben, haben wir eine Blaupause für das geliefert, was nach der Bund-Länder-Kommission Gesundheitsminister Gröhe nun für Gesamtdeutschland tun will.

SPD und Grüne sorgen dafür, dass insgesamt 1,3 Milliarden Euro bis zum Jahr 2020 zur Verfügung stehen, um diesen Investitionsstau zu beheben. Allein mit dem Sondervermögen werden wir 670 Millionen Euro aktivieren. Dieses Programm ist – darauf hat mich Renate Geuter hingewiesen – vom Landesrechnungshof geprüft und stellt keinen Schattenhaushalt dar. Wenn das alles so einfach gewesen wäre, wie Sie es hier darstellen, dann frage ich mich: Warum ist es eigentlich in zehn Jahren schwarz-gelber Landesregierung nicht gelungen, das so zu machen?

Rot-Grün packt also auch hier an und sorgt dafür, dass Flickschusterei und unendliche Papierstapel ein Ende haben. Wir sorgen für eine qualitativ

hochwertige wohnortnahe medizinische Versorgung und lösen den Sanierungsstau bei den Krankenhäusern in Niedersachsen endlich auf.

Gleichzeitig sei an der Stelle Cornelia Rundt noch einmal dafür gedankt, dass der Erfolg in dieser Bund-Länder-Kommission möglich gemacht wurde, kombiniert mit einer Erhöhung des Landesbasisfallwertes, der natürlich auch etwas ist, wo einiges zu tun war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sozialpolitik mit allen Bereichen ist – ich glaube, das wird an dem Haushalt der regierungstragenden Fraktionen sehr deutlich – eine Herzensangelegenheit von Rot-Grün, ein Schwerpunkt dieser Landesregierung. Wir sind stolz darauf, dass wir hier Akzente setzen können und zeigen, dass man dieses Land verändern und Sozialpolitik leben kann – anders, als es in den vorherigen Jahren der Fall war.

Obwohl wir an dieser Stelle Unterschiede haben und – darin will ich den Kollegen Matthiesen unterstützen – im Sozialausschuss häufig kontroverse und auch leidenschaftliche Diskussionen führen, sorgen wir trotzdem dafür, dass es in der Sozialpolitik einen Grundkonsens gibt, der häufig in gemeinsamen Anträgen im Parlament mündet. Ich möchte an dieser Stelle ganz herzlich stellvertretend für die CDU-Fraktion Herrn Matthiesen und seinem Arbeitskreis, aber auch Sylvia Bruns und den Kolleginnen und Kollegen der Grünen und der SPD für die gute und sachorientierte Zusammenarbeit danken. Das gilt auch für das Sozialministerium. Ich wünsche uns eine Fortsetzung dieser guten Zusammenarbeit und Ihnen allen ein frohes Weihnachtsfest und alles das, was man einander zum Jahreswechsel wünscht.

Vielen Dank.